

## **155. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS**

---

Athen, 14. – 16. März 2014

# **GESTÄRKT AUS DER KRISE? DIE ZUKUNFT EUROPAS**

KÖRBER-STIFTUNG  
INTERNATIONALE POLITIK

---

April 2014

## Zusammenfassung der Ergebnisse

- Die wichtigste Aufgabe europäischer Politik ist es derzeit, das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union wiederherzustellen.
- Um Europas wirtschaftliche Zukunft langfristig zu sichern, müssen umgehend strukturelle Reformen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit vorgenommen werden.
- Wenn die EU sicherheitspolitisch eine relevante Rolle auf internationaler Ebene spielen will, muss der Trend anhaltend sinkender Verteidigungsetats der EU-Mitgliedstaaten gestoppt werden.
- In der Ukraine-Krise muss Deutschland unter Beweis stellen, dass es bereit ist, kurzfristige Eigeninteressen im Bereich der Wirtschaft und Energieversorgung hinter langfristige europäische Interessen mit Blick auf Stabilität und Frieden in Osteuropa zurückzustellen.

## Folgen der Krise für die Union

Die Teilnehmer des Bergedorfer Gesprächskreises waren sich einig, dass der größte Teil der Finanzkrise wohl überwunden sei. Die Wachstumswahlen in Europa entwickelten sich positiv, erste Staaten könnten den Rettungsschirm der EU verlassen. Gleichzeitig gelte die Europawahl im Mai 2014 als Stimmungstest dafür, wie es derzeit um den Zustand der Europäischen Union bestellt sei.

Die griechischen Teilnehmer betonten, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Schuldenkrise eine Erosion der Gesellschaft zur Folge hätten. Die betroffenen Bürger würden durch das soziale Sicherungsnetz fallen und hätten derzeit kaum eine Chance, ihren eigenen Lebensunterhalt zu bestreiten. Profiteure der Krise seien vor allem die Banken, die nun, da sie sich der Garantien der Nationalstaaten sicher sein könnten, stärker dastünden als je zuvor.

Europa sei von der Finanzkrise in eine tiefe Vertrauenskrise gerutscht. Populistische Positionen und Parteien fänden europaweit immer stärkeren Zulauf. Der Gedanke an ein Scheitern der Europäischen Union sei nicht mehr den extremen EU-Skeptikern vorbehalten, sondern inzwischen in der Mitte der Gesellschaften angekommen.

Vertrauen zurückzugewinnen sei demnach derzeit die wichtigste Aufgabe für die europäische Politik. Immer wieder betonten Teilnehmer, dass es der EU nicht nur an Vertrauen, sondern auch an Legitimität mangle. Eine Teilnehmerin hielt dagegen, dass das Argument, es fehle der EU an Legitimität, bisweilen zur Ausrede dafür geworden sei, politisch unbequeme Entscheidungen auf die lange Bank zu schieben.

**»EUROPA IST VON DER FINANZKRISE IN EINE TIEFE VERTRAUENSKRISE GERUTSCHT.«**

Es wurde angemerkt, dass dem europäischen Bürger eine zentrale Rolle zukommen müsse. Nur wenn dieser das Gefühl hätte, dass er gehört würde, könne ein weiteres Auseinanderdriften von europäischer Idee und Wirklichkeit verhindert werden.

## Zukunft der europäischen Institutionen

Über die künftige Ausgestaltung der europäischen Institutionen wurde kontrovers diskutiert. Von griechischer Seite wurde angemerkt, dass die Folgen der Krise nur durch aktive Korrekturen an der Struktur der Eurozone bekämpft werden könnten. Während einige Teilnehmer davon überzeugt waren, dass langfristig nur eine Vertiefung der Zusammenarbeit in Form einer neuen vertraglichen Basis insbesondere für die Mitglieder der Eurozone notwendig sei, entgegneten andere, dass dies nur zu neuen Mauern innerhalb Europas führen würde. Die Diskussion einer neuen vertraglichen Grundlage für die Mitgliedsländer des Euroraumes wurde mehrheitlich abgelehnt. Dies seien, so Einzelne, Berliner Gedankenspiele, die auf europäischer Ebene kaum Anklang fänden. Zudem lägen die Gräben derzeit nicht unbedingt nur zwischen Euro- und Nicht-Euro-Staaten, son-

dern vielmehr innerhalb des Euroraumes. Jede weitere Form institutioneller Reform müsse für alle EU-Mitgliedstaaten tragbar sein. Der Euroraum weise weiterhin massive strukturelle Defizite auf.

Ausschließlich auf mehr Koordination unter den Mitgliedstaaten zu setzen, sei dabei weder effizient noch demokratisch. Langfristig, so ein Teilnehmer, könne demokratische Legitimation nur über ein Euro-Parlament unter Einbeziehung der nationalen Parlamente erzielt werden. Nur so könnten verbindliche Entscheidungen zum Umgang mit Mitgliedstaaten der Eurozone, die gemeinsam festgelegte Regeln im Hinblick auf Verschuldung und Fiskalpolitik verletzen, getroffen werden. Zudem könnten im Rahmen einer Europäischen Wirtschaftsregierung auch Mechanismen zum Finanzausgleich zwischen den Staaten geschaffen werden. Über eine Finanztransaktionssteuer oder andere Abgaben innerhalb der Eurozone könnten die notwendigen finanziellen Ressourcen für dieses supranationale Gremium bereitgestellt werden. Diese Idee wurde insbesondere von den politischen Entscheidungsträgern kritisiert. Das Misstrauen gegenüber europäischen Institutionen und bisweilen sogar gegenüber

**»GIPFELTREFFEN ALLEIN LÖSEN DIE PROBLEME DER EU NICHT, DIE DEMOKRATISCHEN STRUKTUREN MÜSSEN GESTÄRKT WERDEN.«**



den nationalen politischen Eliten sei zu groß. Dennoch sei es dringend notwendig, institutionelle Reformen voranzutreiben, da die Krise noch lange nicht vollständig ausgestanden sei.

## Zukunft der europäischen Wirtschaft – zwischen Wettbewerbsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit

In der Analyse waren sich die Teilnehmer einig: Europa hat ein Problem im Bereich der Wettbewerbsfähigkeit. Diese Herausforderung müsse mit strukturellen Reformen angegangen werden. Allerdings, so insbesondere die griechischen Teilnehmer, sei wesentlich stärker als bislang auf die soziale Verträglichkeit der Maßnahmen zu achten.

Eine Teilnehmerin stellte zur Diskussion, dass sich Wettbewerbsfähigkeit und soziale Gerechtigkeit grundsätzlich gegenseitig ausschließen. Dieser Annahme wurde von zahlreichen Teilnehmern widersprochen. Vielmehr würden sich die beiden Aspekte ergänzen. Soziale Sicherheit, so ein Teilnehmer, schaffe Freiraum für Investitionen und

würde damit zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit eines Staates beitragen.

Staatliche Regulierung sei jedoch zwingend notwendig, um eine gerechtere Einkommensverteilung

zu gewährleisten. Reformen müssten nicht nur auf europäischer, sondern insbesondere auch auf nationaler Ebene durchgeführt werden. Es sei unter anderem der aufgeblähte

öffentliche Sektor gewesen, der die griechische Schuldenkrise verursacht habe. Um Wachstum zu erreichen, müsse Europa sich neuen und innovativen Sektoren zuwenden und sich von der reinen Exportorientierung befreien.

Mitgliedstaaten wie Griechenland oder Portugal, so einzelne Teilnehmer, müssten in der Lage bleiben, ein soziales Sicherungssystem für ihre Bürger bereitzustellen. Die Probleme im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa bräuchten eine schnelle Lösung. Einzelne Teilnehmer forderten Deutschland auf, Gehälter anzuheben und Konsum zu fördern, um Ungleichgewichte in der Leistungsbilanz zu reduzieren. Wachstum, das gelte für ganz Europa, könne nicht erreicht werden, wenn die Binnennachfrage in Europa auf Grund rigider Sparmaßnahmen einbreche.

## Führungsanspruch – wer garantiert den Erfolg des europäischen Projektes?

Zunächst wurde von einem Teilnehmer angemerkt, dass es an der Zeit sei, von Europa nicht länger als einem »Projekt« zu sprechen, etwas Unfertigem. Europa sei schon lange Realität geworden. Wer künftig eine Führungsrolle in Europa übernehmen könne, sei jedoch unklar.

Die deutsche Kanzlerin vermeide jede Führungsrolle; Frankreich sei derzeit ökonomisch geschwächt und daher strukturell nicht in der Lage, Führung zu übernehmen; Polens Staatschef sei kein Euro-Enthusiast, keiner, der Europa neuen Atem einhauche.

Das Urteil falle daher deutlich aus – es sei niemand in Sicht, der Führung übernehmen

**»DIE DERZEITIGE POLITIK VERHINDERT WACHSTUM IN DEN STAATEN, DIE ES AM DRINGENDSTEN BENÖTIGEN.«**

wolle. Die EU sei zudem bewusst so entworfen, dass kein Staat formell eine Führungsrolle einnehmen könne. Daher sei es umso wichtiger, dass Europa eine Seele und eine Stimme bekomme.

Vielleicht, so ein Teilnehmer, könne dies am besten über einen gemeinsamen europäischen Präsidenten erreicht werden, der in direkter Wahl von den Bürgern Europas gewählt werde. Er müsse in ganz Europa

Wahlkampf betreiben. Dies könne eine einigende Wirkung auf die Union haben.

Diesem Vorschlag wurde zum Teil deutlich widersprochen. So wurde hervorgehoben, dass die Bewältigung der Finanzkrise eine beeindruckende Form der kollektiven Führung gezeigt hätte und auf diese Weise das Auseinanderbrechen der Eurozone verhindert werden konnte.

Vielleicht, so eine Teilnehmerin, sei die Zeit der Führung durch einzelne Personen in Europa ein für alle Mal vorbei. Europa habe schließlich bereits bewiesen, dass es – ob auf dem Balkan oder in der iranischen Atomfrage – als Ganzes fähig sei, auch international eine Führungsrolle zu übernehmen.

**»UM VERANTWORTUNG FÜR DAS EIGENE SCHICKSAL ÜBERNEHMEN ZU KÖNNEN, BRAUCHT EUROPA EINE SEELE UND EINE STIMME.«**

## Europas globale Rolle

Für Europa, so ein Teilnehmer, ergäben sich auf internationaler Ebene drei strategische Prioritäten: (1) die östliche Nachbarschaft, (2) die Türkei und (3) die transatlantische Partnerschaft. Die östliche Nachbarschaft Europas sei strategisch von größerer Bedeutung als die südliche, da Europa hier tatsächlich etwas anzubieten habe und damit stärkeren Einfluss ausüben könne, als dies in anderen Regionen der Fall sei. Zudem habe die derzeitige Situation in der Ukraine gezeigt, dass Stabilität an den Ostgrenzen der EU eine Illusion sei.

Die Frage nach der Zukunft der Türkei sei gleichsam von zentraler Bedeutung, da diese die größte strategische Herausforderung im Süden Europas darstelle. Europas Politik gegenüber der Türkei sei bislang nicht sehr konstruktiv gewesen und hätte kaum zu einer Einbindung beigetragen.

Letztlich bilde die transatlantische Partnerschaft im Rahmen der NATO für Europa weiterhin die Basis europäischer Sicherheit. Deshalb müssten die europäischen Staaten den USA langfristig mehr bieten als stetig sinkende Militäretats, um als strategische Partner relevant zu bleiben. Diese Position wurde insbesondere von osteuropäischer Seite unterstützt. Europa müsse dringend mehr in den Erhalt militärischer Fähigkeiten investieren, wenn es eine globale Rolle beansprucht. Ein



wichtiges Signal für die Beständigkeit der transatlantischen Allianz wäre der Abschluss des Transatlantischen Freihandelsabkommens (TTIP). Es wurde jedoch vielfach bezweifelt, dass die derzeitigen Verhandlungen erfolgversprechend seien.

**»EUROPA KANN LANGFRISTIG NUR DANN EIN SICHERHEITSPOLITISCH ATTRAKTIVER UND RELEVANTER PARTNER FÜR DIE USA BLEIBEN, WENN MEHR IN DIE EIGENE VERTEIDIGUNG INVESTIERT WIRD.«**

Von vielen Teilnehmern wurde angemerkt, dass es Europa in Fragen internationaler Politik nicht an der strategischen Prioritätensetzung mangle, sondern ganz konkret am Willen, Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Europa sei inzwischen dafür bekannt, viel zu reden, aber kaum zu handeln. Es müsse, so eine Teilnehmerin, weniger versprochen werden. Das, was versprochen werde, müsse allerdings mit mehr Ernsthaftigkeit verfolgt werden. Letztlich sei es im übergeordneten europäischen Interesse, eine internationale Ordnung auf Basis gemeinsam anerkannter Regeln zu erhalten bzw. aufzubauen. Wird gegen dieses Interesse verstoßen, müsse Europa handeln.

## Krise in der Ukraine

Die Rolle Russlands dominierte die Frage nach möglichen strategischen Partnern für die europäische Außenpolitik. Es entbrannte eine heftige Diskussion über den Sinn oder Unsinn von Sanktionen zur Beilegung der Krise auf der Krim.

Einige Teilnehmer unterstrichen, dass die derzeitige Sanktionspolitik ein Indiz für das

Scheitern Europas in der Konfliktvermittlung sei. Andere betonten, dass es notwendig sei, Moskau ein deutliches Signal zu senden, dass es internationales Recht verletzt habe und Europa diesem nicht tatenlos zusehen werde.

Die Situation in der Ukraine habe gezeigt, dass die Ordnung, die in Europa nach dem Kalten Krieg entstanden sei, so nicht mehr bestehe. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, so ein Teilnehmer, seien keine neuen Institutionen geschaffen worden. Man habe darauf vertraut, dass sich die westlichen Institutionen (EU bzw. NATO) ausdehnen würden. Widerstand habe man nicht erwartet. Putin habe den derzeitigen Weg in der Ukraine sehr bewusst gewählt, um einen Wendepunkt zu markieren. Europa müsse sich russischer Opposition bewusst sein, wenn es versuche, seinen Einflussbereich gen Osten zu erweitern. Es wurde von einigen Teilnehmern davor gewarnt, die Ukraine nun in die NATO aufzunehmen, dies sende das falsche Signal an Russland. Osteuropa werde bereits ökonomisch von Moskau in Geiselnhaft genommen.

**»WENN WIR DEN BRUCH DES VÖLKERRECHTS DURCH RUSSLAND HINNEHMEN, DANN AKZEPTIEREN WIR, DASS EUROPA KEINE ROLLE IN DER INTERNATIONALEN POLITIK SPIELT.«**

Zahlreiche Teilnehmer waren sich darin einig, dass Deutschland in der Ukraine-Krise unter Beweis stellen müsse, dass es bereit sei, außenpolitischen Einfluss geltend zu machen und kurzfristige Eigeninteressen im Bereich der Wirtschaft und Energieversorgung hinter langfristige europäische Interessen mit Blick auf Stabilität und Frieden in Osteuropa zurückzustellen.

**GASTGEBER** Dr. Klaus WEHMEIER, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

**MODERATOR** Dr. Thomas PAULSEN, Leiter Bereich Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

#### TEILNEHMERLISTE

Dr. Franziska BRANTNER, MdB, Mitglied, Deutscher Bundestag, Berlin

Elmar BROK, MdEP, Vorsitzender, Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten, Europäisches Parlament, Brüssel

Prof. Dr. Christian CALLIESS, LL.M. Eur., Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht, Freie Universität Berlin, Berlin

Roger DE WECK, Generaldirektor, Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR), Bern

Anna DIAMANTOPOULOU, Präsidentin, »Diktyo« Network for Reform in Greece and Europe, Athen

Stefan DUPPEL, Leiter, Büro des Bundespräsidenten a. D. Dr. Richard von Weizsäcker, Berlin

Klaus-Dieter FRANKENBERGER, Leiter, Abteilung Außenpolitik, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt a. M.

Prof. Dr. Danuta HÜBNER, MdEP, Vorsitzende, Ausschuss für Regionale Entwicklung, Europäisches Parlament, Brüssel

Dimitris KOURKOULAS, Vize-Minister, Außenministerium, Athen

Dr. Ivan KRASDEV, Vorsitzender, Centre for Liberal Strategies, Sofia

Johannes LAITENBERGER, Kabinettschef, Kabinett Barroso, Europäische Kommission, Brüssel

Kadri LIIK, Senior Policy Fellow, Wider Europe Programme, European Council on Foreign Relations (ECFR), London

Dr. Alan MENDOZA, Gründer und Direktor, The Henry Jackson Society, London

Prof. Dr. George PAGOULATOS, Professor, European Politics and Economics, Athens University of Economics and Business, Athen

Prof. Dr. Lukas PAPADEMOS, Honorary Governor, Bank of Greece; Ehemaliger Premierminister, Athen

Dr. Thomas PAULSEN, Leiter Bereich Internationale Politik, Körber-Stiftung, Berlin

Ann PETTIFOR, Direktorin, Policy Research in Macroeconomics (PRIME), London

Botschafterin Dr. Ursula PLASSNIK, Botschafterin der Republik Österreich in der Französischen Republik, Paris

Botschafter Janusz REITER, Präsident und Gründer, Center for International Relations (CSM), Warschau

Michael ROTH, MdB, Staatsminister für Europa, Auswärtiges Amt, Berlin

Dr. Norbert RÖTTGEN, MdB, Vorsitzender, Auswärtiger Ausschuss, Deutscher Bundestag, Berlin

Botschafter Dr. Peter SCHOOF, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Hellenischen Republik, Athen

Wawrzyniec SMOCZYŃSKI, Geschäftsführender Direktor, Polityka Insight, Warschau

Gisela STUART, MP, Mitglied, Verteidigungsausschuss, House of Commons, London

Jan TECHAU, Direktor, Carnegie Europe, Brüssel

Prof. Thanos VEREMIS, Vize-Präsident, Hellenic Foundation for European and Foreign Policy (Eliamep), Athen

Dr. Klaus WEHMEIER, Stellvertretender Vorsitzender des Vorstands, Körber-Stiftung, Hamburg

Nikos XYDAKIS, Chefredakteur, Kathimerini, Athen



**DER BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS**

Initiator	Dr. Kurt A. Körber (†)
Vorsitz	Dr. Richard von Weizsäcker, Bundespräsident a.D.
Koordination	Dr. Klaus Wehmeier Dr. Thomas Paulsen
Programm Management	Laura Bake Dr. Janka Oertel
Adresse	Körper-Stiftung Hauptstadtbüro Pariser Platz 4a 10117 Berlin Telefon +49-30-20 62 67 60 Fax +49-30-20 62 67 67 E-Mail <a href="mailto:ip@koerber-stiftung.de">ip@koerber-stiftung.de</a> Facebook <a href="https://www.facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs">facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs</a> Twitter @KoerberIP @paulsen_thomas #bergedorf155 <a href="http://www.bergedorfer-gespraechskreis.de">www.bergedorfer-gespraechskreis.de</a>

© Körper-Stiftung, Hamburg 2014

Redaktion	Dr. Janka Oertel
Fotos	Körper-Stiftung/Haris Akriviadis
Layout	Das Herstellungsbüro, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.





---

**Wir wollen  
anstiften.**

---

**Mehr erfahren:** [www.koerber-stiftung.de](http://www.koerber-stiftung.de)

**Mehr erleben:** [www.koerberforum.de](http://www.koerberforum.de)

**Mehr lesen:** [www.edition-koerber-stiftung.de](http://www.edition-koerber-stiftung.de)